

# INITIATIVE 2009



Ein Jahr mit Herz und Verstand für die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft



**INSM-Termine:** Warum die Kanzlerin die Soziale Marktwirtschaft exportieren will > 3 **INSM-2.0:** Wie junge Reporter Wirtschaftsleben filmen und was Ökonomen für die INSM bloggen > 8 **INSM-Rankings:** Warum die INSM Kreise, Städte, Bundesländer und Bildungsqualität vergleicht > 11 **INSM-Studien:** Was die Konjunkturpakete bringen und wie sich der Wohlstand im Osten gesteigert hat > 14 **INSM Aktionen:** Warum „Erhard“ auf der Wall Street auftrat und wie man mit Zipfelmütze gegen Schulden demonstriert > 18 **INSM Themenschwerpunkte:** Was Manager und Ökonomen im Innovationsappell fordern > 19 **INSM Bayern:** Warum sich die vbw noch stärker marktwirtschaftlich engagiert > 20 **INSM Intern:** Wann die INSM nach Berlin umzieht und mit welcher neuen Agentur sie arbeitet > 21

## Mission Possible – 10 Jahre für eine Neue Soziale Marktwirtschaft

60 Jahre Bundesrepublik und Soziale Marktwirtschaft, 20 Jahre Mauerfall – ein Jahr der Jubiläen liegt hinter uns. Und wir stellen fest: Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist nun selbst schon 10 Jahre alt.

In diesen zehn Jahren ging nicht nur die Konjunktur auf und ab, auch der Reformwille der Politik schwankte erheblich. Die INSM hat ihre Reformkommunikation diesen Zyklen angepasst. Am Anfang, als die Wirtschaft im Jahr 2000 in eine lange Stagnation rutschte, schlug die große Zeit der Reformagenda. Es galt, das Problembewusstsein bei Politik und Bevölkerung zu wecken, dass die Soziale Marktwirtschaft sich erneuern muss, wenn sie weiterhin Wohlstand, soziale Sicherheit und Fortschritt erzeugen will.

Die Offenheit für Lösungen, die mit mehr Eigenverantwortung, mehr Markt und mehr Freiheit verbunden sind, war groß – bis tief hinein in die Schröder-SPD und die Grünen.

Die Medien unterstützten die rot-grüne Reformpolitik, und auch die Bevölkerung hatte Verständnis für die manchmal bittere Medizin, die der Patient Deutschland brauchte, um wieder auf die Beine zu kommen. Die INSM fand mit dem parteiübergreifenden Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ die richtige Formel für die Agenda 2010, deren Geist hinter so erfolgreichen Reformen wie der Riester-Rente oder Hartz IV stand.

Von den Erfolgen wollte Rot-Grün dann nach der verlorenen Bundestagswahl 2005 nichts mehr wissen. Dabei sind der Rückgang der Arbeitslosigkeit von fünf (2005) auf unter drei Millionen (Herbst 2008) und der kräftige Beschäftigungsanstieg gerade auch für ältere Arbeitnehmer ein Erfolg der Agenda 2010. Es schadete der Akzeptanz der Reformen sehr, dass sich ein Teil der früheren Regierungsparteien von Hartz, Riester oder der Rente mit 67 aus Angst vor Linkspopulismus distanzierte. Denn die Agenda-Medizin wirkte offensichtlich. Jetzt galt es, nur nicht wieder in die alten Fehler zurückfallen und etwa die Entlastungen der Rentenkasse zurückzunehmen. Die INSM wies auf diese Gefahren hin und klärte über die Gründe für den Aufschwung auf.

Nach dem Kollaps der Finanzmärkte im September 2008 stürzte die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession. Was war geschehen? Zerstört sich der Kapitalismus selbst? Die Stunde der Staatsgläubigen schien gekommen, die mehr staatliche Kontrolle des Marktgeschehens und milliarden schwere Konjunkturpakete forderten. War unsere Arbeit für mehr Markt und weniger Staat eine Mission Impossible?

Die Ideologen hatten ihre Rechnung jedoch ohne den gesunden Menschenverstand gemacht. Eine Systemdebatte erlebte Deutschland nicht. Die Bevölkerung war einverstanden mit den Rettungsmaßnahmen und Konjunkturprogrammen. Aber die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sah kaum einer durch die Finanzkrise erschüttert. Im Gegenteil. Das Prinzip der Eigenverantwortung war sträflich missachtet worden – von den Banken, den Notenbanken, Ratingagenturen und der Bankenaufsicht. Genau betrachtet, war die Finanzkrise ein Weckruf, die Soziale Marktwirtschaft zu einem „Exportartikel“ zu machen, wie Kanzlerin Angela Merkel auf einem Kongress der INSM forderte. Unser Slogan „Soziale Marktwirtschaft macht's besser“ drückt dieses Selbstbewusstsein aus, dass sich unser Wirtschaftsmodell in der Krise bewährt hat und gestärkt daraus hervorgeht.

Dass die Bevölkerung eben nicht glaubt, der Staat solle Opel um jeden Preis retten, dass sie weiteren Milliardenschulden des Staates skeptisch gegenübersteht und dass im Frühjahr mit Karl-Theodor zu Guttenberg ein klar ordoliberaler Wirtschaftsminister zum beliebtesten Politiker aufsteigen konnte, sind Zeichen für großen Realismus. Bei der Bundestagswahl 2009 wurde denn auch eine schwarz-gelbe Regierung mit dem klaren Auftrag gewählt, mehr marktwirtschaftliche Reformpolitik zu betreiben als die vorherige.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft wird an den kommenden Debatten natürlich wieder mitwirken, ab Januar 2010 direkt von Berlin aus. Sie wird dies mit einer neuen PR-Agentur tun – Serviceplan, die sich mit ihrem Konzept in einem Wettbewerb gegen die bisherige Lead-Agentur Scholz & Friends durchsetzen konnte. Und sie wird dies unter neuer Führung tun. Dem neuen INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr, der vom Einzelhandelsverband kommt, wünschen wir dabei alles Gute. Die Präsenz in der Bundeshauptstadt bietet die Chance auf neue Impulse in der Arbeit für die marktwirtschaftliche Erneuerung. Davon kann unser Land gar nicht genug bekommen.

Wir werden der Initiative weiter verbunden bleiben und hoffen, dass ihre marktwirtschaftliche Erneuerungsarbeit eine Mission Possible bleibt.

Herzlichst



Max A. Höfer



Dieter Rath

INSM-Diskussionsforum mit Bundeskanzlerin Merkel

## Soziale Marktwirtschaft als internationale Krisenmedizin

Berlin – „Die Grundzüge der Sozialen Marktwirtschaft müssen Grundlage des weltweiten Wirtschaftens werden.“ Das sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 2. Juni in ihrer Eröffnungsrede zu einem international besetzten Diskussionsforum der INSM vor rund 600 Gästen und 80 akkreditierten Journalisten im Berliner Hotel Adlon. Das Forum stand unter der Überschrift „Erfolg made in Germany – die Soziale Marktwirtschaft“ und beschäftigte sich mit den Lehren, die aus der Finanzkrise zu ziehen sind.

Wörtlich erklärte Merkel: „Ich glaube, der komplizierteste Abschnitt in Bezug auf die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft wird beginnen, wenn wir die Krise überwunden haben werden. Schaffen wir es ..., wieder auf den Pfad der Tugend zurückzukommen, was unter anderem die Staatsverschuldung angeht? ... Wir müssen gemeinsam wieder zu einer unabhängigen Notenbankpolitik und zu einer Politik der Vernunft zurückkehren. Ansonsten werden wir in zehn Jahren wieder an genau diesem Punkt stehen.“

Die Bundeskanzlerin forderte eine internationale Charta des nachhaltigen Wirtschaftens, die sich an den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft orientiert. Zugleich kritisierte sie die Politik der Notenbanken: „Ich sehe mit großer Skepsis, welche Vollmachten die Fed hat und auch die Bank of England“, sagte die Kanzlerin. Es sei wichtig, eine internationale Finanzmarktordnung aufzubauen. Das Fundament für einen wirksamen internationalen Ordnungsrahmen sind ihrer Auffassung nach die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

Karl-Theodor zu Guttenberg, damals noch Bundeswirtschaftsminister, warnte in seinem Schlusswort davor, die Krise als Blankoscheck für staatliches Eingreifen in die Wirtschaft zu missbrauchen. Er forderte einheitliche Kriterien, die für alle Unternehmen unabhängig von ihrer Bekanntheit und Größe gelten müssten. Er betonte zudem: „Eine direkte Beteiligung des Staates an Unternehmen halte ich für blanken Blödsinn.“ ➤



Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der INSM-Veranstaltung im Hotel Adlon

An der INSM-Diskussionsveranstaltung nahmen darüber hinaus internationale Experten teil: Joaquín Almunia, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, Mario Draghi, Zentralbankgouverneur Italiens und Vorsitzender des Financial Stability Board, Professor Otmar Issing, Vorsitzender der Expertengruppe „Neue Finanzarchitektur“, und Robert M. Kimmitt, früherer US-Botschafter und ehemaliger stellvertretender US-Finanzminister.

„Angela Merkel, die deutsche Kanzlerin, hat die wichtigsten Zentralbanken der Welt überraschend hart kritisiert, deren unkonventionelle Geldpolitik die Wirtschaftskrise anheizt, statt sie zu



INSM-Podium mit Joaquín Almunia, Mario Draghi, Otmar Issing und Robert M. Kimmitt

beruhigen“, schrieb die Financial Times über die Rede der Bundeskanzlerin beim INSM-Forum. Zwei Tage nach der INSM-Veranstaltung veröffentlichte die FAZ eine Reaktion des US-Notenbankchef Ben Bernanke auf Angela Merklers Redebeitrag bei der INSM-Veranstaltung in Berlin. Unter Bezug auf die Forderung der Bundeskanzlerin, dass der Staat nicht in die Unabhängigkeit von Zentralbanken eingreifen solle, erklärte Bernanke laut FAZ: „Vor diesem Kontext [der Kombination aus Finanzkrise und der Krise der Realwirtschaft, d. Red.] glaube ich, dass entschlossene Maßnahmen in der Haushalts- und Geldpolitik gerechtfertigt sind, um eine weitere Vertiefung der Krise zu vermeiden.“



Der damalige Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg beim INSM-Termin

Internet: <http://www.insm.de/insm/Presse/Pressemeldungen/Erfolg-Made-in-Germany.html>

### „Soziale Marktwirtschaft macht's besser“

Die Krise ermutigte manche, das erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialsystem der Bundesrepublik in Frage zu stellen. Dieser Stimmungsmache setzte die INSM ihre Kampagne „Soziale Marktwirtschaft macht's besser“ entgegen. Die Finanzkrise konnte passieren, weil gegen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft verstoßen wurde – vor allem gegen das Gebot der Eigenverantwortung. Die INSM gewann für ihre Kampagne viele bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – darunter Sportler wie Handballnationaltrainer Heiner Brand, Unternehmer wie Petra Ledendecker, Präsidentin des Verbands deutscher Unternehmerinnen, Politiker wie Luxemburgs Premierminister



Handball-Nationaltrainer Heiner Brand beteiligte sich an der INSM-Kampagne für die Soziale Marktwirtschaft

Jean-Claude Juncker, Wissenschaftler wie Professor Justus Haucap, Vorsitzender der Monopolkommission, sowie TV-Prominente wie die Moderatorin Andrea Ballschuh oder Jörg Kachelmann. Sie alle begründeten ihre Auffassung darüber, warum es Soziale Marktwirtschaft ihrer Auffassung nach „besser macht“.

„... weil sie Kartelle verhindert und Verbraucher schützt“, meint Justus Haucap. „... weil Leistung und ständige Verbesserung Deutschland zum Erfolg geführt haben“, sagt Heiner Brand. „... weil sie ein Wachstumsklima und keine Klimakatastrophe schafft“, ist Jörg Kachelmann überzeugt.

Auf der Seite 23 dieses INSM-Jahresrückblicks finden Sie weitere Motive dieser INSM-Kampagne. Die Testimonials wurden als Anzeigen in deutschen Tageszeitungen und Magazinen veröffentlicht. Ein Höhepunkt der Kampagne war das Diskussionsforum „Verantwortung – made in Germany: die Soziale Marktwirtschaft“ mit Angela Merkel und Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg.

Medienempfang mit Matthias Platzeck

## „Wir sollten den Mauerfall als Glücksfall wahrnehmen“

Berlin. – „Der Mauerfall war ein Glücksfall, bleibt ein Glücksfall – und wir sollten ihn als solchen auch wahrnehmen! Dazu leisten diese Studien einen erheblichen Beitrag.“ Dieses Zitat stammt aus einer Rede, die Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck am 21. August in Berlin bei einem Medienempfang der SUPERillu und der INSM hielt.

Anlass für den Auftritt des Regierungschefs war die Präsentation eines Sonderheftes der reichweitenstärksten Zeitschrift Ostdeutschlands zum 20. Jubiläum des Mauerfalls. Es basiert auf Studien, die Professor Klaus Schroeder, Freie Universität Berlin, und Dr. Joachim Ragnitz vom ifo Institut Dresden im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft erstellt hatten. Unabhängig voneinander waren beide Expertisen zu dem Schluss gekommen, dass sich die Lebens- und Umweltbedingungen der Menschen seit dem Ende der DDR und nach 20 Jahren Sozialer Marktwirtschaft in Ostdeutschland in geradezu dramatischer Weise verbessert haben. (Mehr Informationen dazu unter INSM-Studien, Seite 15.)



Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck spricht beim Presseempfang zur Einheitsbilanz Deutschland von INSM und SUPERillu

„Ich danke für die Studien, weil sie auch die Ausgangslage in der DDR noch einmal vorstellen“, erklärte Platzeck. Die junge Generation von heute könne bisweilen nicht glauben, in welchem „ausgezehrt



Klaus Schroeder und Joachim Ragnitz, Max A. Höfer, Jochen Wolff und Dieter Rath (v.l.) beim Presseempfang zur Einheitsbilanz Deutschland in Berlin

Zustand“ die DDR 1989 gewesen sei. Es sei wichtig, dies heute in Erinnerung zu rufen, weil nur vor diesem Hintergrund die erreichten Fortschritte 20 Jahre nach dem Mauerfall angemessen gewürdigt werden könnten. Dies gelte auch für „Freiheitsgrade und Perspektiven, Studien- und Reisemöglichkeiten, die es heute gibt“.

Platzeck lobte die zupackende Art der Ostdeutschen, die diese Fortschritte wesentlich mit ermöglicht haben. Den „Jammer-Ossi“ gebe es nicht mehr, stattdessen hätte die große Mehrheit der Ostdeutschen ihr Leben „komplett umkrepeln müssen“ und dies erfolgreich getan.

Gleichzeitig rief der Regierungschef die Ostdeutschen zu mehr Selbstbewusstsein auf: „Jeder Bayer – egal was er geleistet hat – sagt: ‚Mir san mir!‘ Die Menschen zwischen Rostock und Suhl haben aufgrund dessen, was wir in den vergangenen 20 Jahren geleistet haben, allen Grund, denselben Satz zu sagen – wenn auch mit anderer Sprachfärbung ...“

Für Jochen Wolff, Chefredakteur der SUPERillu, war es ein „zentrales journalistisches Anliegen, die gelungenen Aspekte des Aufbaus Ost im Jubiläumsherbst besonders herauszustellen: Lebensqualität, Wohlstand, Infrastruktur, Umwelt.“ Fazit von INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer: „Der Kurswechsel von der sozialistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft war hart, aber erfolgreich.“

Mehr zum Medienempfang 20 Jahre Mauerfall unter <http://www.einheitsbilanz-deutschland.de>.

Hauptstadtforum mit Theo Waigel und anderen  
**Aufruf zum Sparen nach der Krise:  
„Konjunkturpakete sind  
keine Geschenkpakete“**

Berlin. – Theo Waigel forderte die Bundesregierung am 7. Mai beim Hauptstadtforum der INSM und der Berliner Morgenpost im Axel-Springer-Haus zur Haushaltskonsolidierung auf. Der frühere Bundesfinanzminister diskutierte mit dem früheren österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, Bundesbankvorstand Thilo Sarrazin und Walther Otremba, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie.

„Wir müssen schnellstmöglich wieder den Pfad der Konsolidierung einschlagen“, erklärte Waigel. Wenn die Krise vorbei sei, müsse die Politik den Mut haben, „zu sagen, dass es keine Verteilungsspielräume gibt“. Mit dieser Forderung einer sparsamen Haushaltspolitik nach der Krise war er sich einig mit den anderen Beteiligten auf dem Podium.

Der INSM-Kuratoriumsvorsitzende und frühere Bundesbank-Präsident Professor Hans Tietmeyer betonte, dass zeitnah zur Ausgabendisziplin zurückgekehrt werden müsse: „Konjunkturpakete sind keine dauerhaften Geschenkpakete, wie die Bürger schon bald merken werden.“

„Es war richtig, die Bankenliquidität herbeizuführen. Aber man muss es zurückfahren“, erklärte der frühere Bundeskanzler Österreichs, Wolfgang Schüssel.



Teilnehmer des INSM-Hauptstadtforums: Walther Otremba, Theo Waigel, Hans Tietmeyer, Wolfgang Schüssel und Thilo Sarrazin

Theo Waigel forderte eine Neuordnung der Bankenaufsicht in Deutschland: „Es kann nicht sein, dass es in Deutschland zwei Stellen für die Bankenaufsicht gibt, die Bundesbank und die Bafin. Das gehört zusammengeführt“, sagte Waigel.

Van Suntum bei INSM-Forum in Berlin

**Vorschlag für einen „sauberen Weg“  
aus der Bankenkrise**



INSM-Podium mit Ulrich van Suntum, Ursula Weidenfeld, Albert Rupprecht und Hermann Otto Solms

Berlin. – Bei einem Diskussionsforum der INSM und des Humboldt-Forums Wirtschaft am 21. April in Berlin stellte Prof. Dr. Ulrich van Suntum, Geschäftsführender Direktor des Centrums für angewandte Wirtschaftsforschung, Universität Münster, ein Konzept zur Überwindung der Bankenkrise vor, das die Verursacher zur Verantwortung zieht und die Steuerzahler entlastet.

Der Ökonom warb in der Diskussion mit Albert Rupprecht, Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, sowie dem FDP-Finanzexperten Hermann Otto Solms dafür, dass der Staat den Banken ihre toxischen Papiere nicht gegen Bargeld abkauft, sondern ihnen dafür erst einmal nur eigene Schuldverschreibungen gibt.

Van Suntum zur Begründung seines Vorschlages: „So sind wir in Deutschland bereits zweimal erfolgreich vorgegangen, nämlich mit den sogenannten Ausgleichsforderungen nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Deutschen Einheit. Damals konnten die Banken freilich nichts dafür, dass ihre Aktiva wertlos geworden waren. Heute ist das ganz anders. Darum sollten diesmal die Staatspapiere nicht verzinst werden. Sie bleiben vielmehr als sogenannte Zero ➤



Professor Ulrich van Suntum im Gespräch mit Ursula Weidenfeld

Bonds so lange in den Bankbilanzen, bis klar ist, was der dafür eingetauschte Bilanzschrott noch wert ist. Gleichzeitig löst sich damit das schwierige Bewertungsproblem der vergifteten Papiere wie von selbst.“

Mehr Informationen im Internet:

<http://www.insm.de/insm/Themen/Steuern-und-Finzen/Der-saubere-Weg-aus-der-Bankenkrise.html>

Humboldt-Forum der INSM:

## Fußballstar Christoph Metzelder fordert mehr Bildung für alle

Berlin. – Bei Real Madrid spielt Christoph Metzelder Weltfußball. In Deutschland setzt er sich für mehr Bildung ein. Genauer: Bei einem Termin der INSM in der Humboldt-Universität am 17. Juni in Berlin forderte er die Bundesregierung dazu auf, bei allen Hilfsanstrengungen für krisengeschüttelte Banken und Unternehmen das Thema Bildung nicht aus den Augen zu verlieren. Die Regierung müsse Voraussetzungen schaffen, „dass junge Menschen unabhängig von Herkunft und Vermögen gute Startchancen haben“. Dies sieht der Fußballer als Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

Wörtlich erklärte er vor rund 250 Zuhörern: „Der einzigartige Ausgleich zwischen Leistungsprinzip und Chancengerechtigkeit – unabhängig von der sozialen Lebenssituation der Familie –, das ist das Markenzeichen der Sozialen Marktwirtschaft.“

Als wichtigen Teil unseres Wirtschafts- und Sozialsystems sieht Metzelder auch „bürgerschaftliches Engagement wie ehrenamtliche Tätigkeiten, Stiftungen und private Initiativen“. Er selbst hat eine Stiftung ins Leben gerufen. Die Christoph-Metzelder-Stiftung setzt sich dafür ein, dass Kinder und Jugendliche gleiche Ausgangschancen in Ausbildung und Berufswelt erhalten.

Metzelder: „Ich hatte im Leben sehr viel Glück und möchte mit meiner Stiftung der Gesellschaft etwas davon zurückgeben. Deshalb ist auch das private Engagement für junge Menschen für mich eine Herzensangelegenheit.“

Anhand von Vergleichen zwischen Sport und Wirtschaft machte er deutlich, dass Bildungsinvestitionen in Krisenzeiten zu einer schnelleren wirtschaftlichen Erholung führen: „Bildung und Ausbildung sind die Grundvoraussetzung dafür, dass junge Menschen in Krisenzeiten eine adäquate Lehrstelle finden und der Arbeitsmarkt wieder an Dynamik gewinnt.“

Die gemeinnützige Christoph-Metzelder-Stiftung „Zukunft Jugend“ wurde 2006 gegründet. Sie setzt sich dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen gleiche Ausgangschancen in Bildung und Beruf erhalten.

Internet: <http://www.metzelder-stiftung.de>



Fußballprofi Christoph Metzelder bei seinem Gastvortrag vor Studierenden in Berlin

Angie, Guido und Weihnachten im Kanzleramt

## Nur wenn der Baum gerade steht, ist alles im Lot

Köln / Berlin. – Kanzlerweihnacht.de: Dirk Meissner, einer der Preisträger des deutschen Karikaturistenpreises, hat die Vorlagen für dieses interaktive Spiel gezeichnet. Damit will die INSM weihnachtlich witzig darauf aufmerksam machen, dass die schwarz-gelbe Koalition bei der Wachstumsbelebung übermäßig hohe Schulden vermeiden muss.



Knollennasig karikiert stehen die Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr Vizekanzler Guido Westerwelle im Büro der Bundeskanzlerin vor einem Weihnachtsbaum. Dann erscheint Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im Raum. Neben dem Baum stehen zwei Pakete – eines grün, das Sparpaket, und eines rot, das Ausgabenpaket. In beiden Paketen sind Utensilien, mit denen der Baum geschmückt werden kann: Sparbeiträge oder neue Ausgaben.

Es gilt nun, diese alternierend anzuklicken und mit der Maus an einer der mit Sternen markierten Stellen abzulegen. Der Baum neigt sich jeweils zu der Seite, auf der gerade etwas aufgehängt worden ist. Wer es schafft, den meisten Baumschmuck anzubringen, kann im besten Fall „Bundes-Weihnachtsmann“ werden. Wer innerhalb der Spielzeit nur sehr wenig aufhängen kann oder in der Spielzeit gar den Baum umkippen lässt, wird beispielsweise Steuerberater. Und muss mit ansehen, wie Angie und Guido entsetzt die Hände vors Gesicht schlagen!

Sehr Spaßig zu spielen – und doch mit ernstem Hintergrund: „Balance halten“, so lautet die Botschaft der INSM an Schwarz-Gelb.

Alles zum Spiel unter <http://www.kanzlerweihnacht.de>

Deutschland 24/30

## Was hat Soziale Marktwirtschaft mit Monopoly zu tun ...

Köln / Berlin. – Die Soziale Marktwirtschaft findet in Lehrbüchern statt, in politischen Sonntagsreden und manchmal in der Tageszeitung. Fragt man jedoch die Menschen auf der Straße nach ihrer Wirtschafts- und Sozialordnung, dann müssen die oft passen. Dabei ist Soziale Marktwirtschaft gerade im Alltag verankert. Bei der Recherchetour „Deutschland 24/30“ haben Journalisten mit einem Betriebsrat, einem Investmentbanker, einem Hartz-IV-Empfänger, dem Fußballkaiser und 100 weiteren Menschen darüber gesprochen, was Soziale Marktwirtschaft für sie bedeutet. So erklärt sich auch der Name des Projektes: 30 Tage 24 Stunden lang unterwegs – Deutschland 24/30. Auf diese Weise sind im Sommer 30 Filme entstanden, die auf der Webseite [www.deutschland2430.de](http://www.deutschland2430.de) im Netz abrufbar sind.

Die Journalisten kamen zu überraschenden Begegnungen und nicht minder überraschenden Aussagen, die ihre Videos transportieren. Ein Beispiel ist der Fußballkaiser Franz Beckenbauer, den sie auf einem Charity-Golfturnier trafen und neben anderen Fußballgrößen wie Oliver Kahn vor Mikro und Kamera holten. Beckenbauer: „Seitdem ich geboren bin, ist es ständig bergauf gegangen. Nur haben wir zuletzt in einer Luftblase gelebt.“



Um das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft ging es dem Fußballtrainer Ralf Rangnick (TSG Hoffenheim). Für ihn ist „jede Demokratie, jedes Land ... immer so gut, wie es sich um die Randgruppen kümmert“.

Oliver Kahn berichtete von einem China-Besuch: „Glauben Sie mir, wir in Deutschland haben eines der sozial verträglichsten Systeme in der Welt, und da können wir sehr, sehr stolz drauf sein.“ Dem Unternehmensberater Roland Berger begegneten die ➤

jungen Reporter in seinem Münchner Büro-Glaspalast: „Für mich ist wichtig, dass Unternehmer Vorbilder sind für die Gesellschaft.“ Wichtig sei ihm, Berger, allerdings auch, dass die Gesellschaft die Leistung der Unternehmer anerkenne. Auf der anderen Seite, in Hamburg, stellte der junge Mitarbeiter einer Werbeagentur fest, dass „Du heutzutage schon tierisch flexibel“ sein musst.



Oliver Kahn berichtete im 24/30-Interview von seinen Erfahrungen bei einem China-Besuch

Die Journalisten sprachen bei der Starnberger Tafel mit Hartz IV-Empfängern über Glück und Gerechtigkeit und spielten wenige Tage später Monopoly mit dem Frankfurter Bankvorstand Jobst Müller-Trimbusch. Der handelt mit Wertpapieren und nahm kein Blatt vor den Mund: „Wenn niemand gierig wäre, wenn niemand die Ambition hätte, Geld zu verdienen, dann hätten wir ein Problem mit der Marktwirtschaft.“

Die Videos der 24/30-Tour zeichnen keinen ordnungspolitischen Hintergrund, vielmehr bilden die interviewten Protagonisten zentrale Elemente der Sozialen Marktwirtschaft ab. In den Aussagen des Fußballkaisers so wie eines ehemaligen Betriebsrats, der jetzt Chef ist, spiegelt sich der generelle Appell, wieder zum nachhaltigen Wirtschaften zurückzukehren.

Darüber hinaus haben die Journalisten ihre Arbeit mit Kommentaren und Fotos dokumentiert. Helge schrieb am 8. August über „Tag 7“: „Vom Wäscher zum Millionär – ein Besuch in der Beletage. Zu den interessanten Aspekten unserer Tour gehört

ihre Vielseitigkeit. Neulich beim Promi-Golfturnier, später an der Armentafel, gestern knietief im Kuhmist und heute: in einer der höchsten Sphären, die die deutsche Wirtschaft zu bieten hat ... Dann kommt Herr Berger.“

Oder eine persönliche Anmerkung zum Kapitalistenspiel Monopoly, die Miriam am 17. August in den Blog der Webseite schrieb: „Tag 15: Gehe über Los... Als Kind musste ich meiner Schwester beim Monopoly-Spielen immer Geld leihen, damit wir weitermachen konnten – sie hatte es schnell verzockt, indem sie hemmungs- und planlos Straßen kaufte. Obwohl es nur Spielgeld war, ging ich damit so sorgfältig um wie mit meinem Taschengeld. Ich kalkulierte genau, kaufte Straßen nach Farben, um dann Häuser darauf bauen zu dürfen, und hielt immer einen Notvorrat zurück. Eigentlich so wie heute auch noch.“

Die audio-visuelle Bestandsaufnahme im Internet wurde bewusst gewählt, so Projektleiter Ronald Voigt. „Es ging uns darum, junge Zielgruppen zu erreichen, die im Netz präsent sind – die Facebook-Generation, die sich sonst mit der Sozialen Marktwirtschaft wohl nicht befasst hätte.“ Über 60.000 Menschen haben sich die Filme auf [www.deutschland2430.de](http://www.deutschland2430.de) bis dato angesehen und 300 Kommentare hinterlassen.



Witzig: Mit einem Frankfurter Investment-Banker spielten die 24/30-Reporter Monopoly

Reinschauen in die Videos, einer Momentaufnahme des Krisensommers 2009, lohnt sich.

Social (Market) Media

## INSM-Newsroom und: Wie man im Web ein Fan der INSM werden kann

Köln. – Die INSM zwitschert auf Twitter und bloggt – beispielsweise im INSM-Ökonomenblog. Sie ist mit Live-Blogs auf eigenen Veranstaltungen präsent und dokumentiert auch interessante Termine von Dritten – zum Beispiel eine Podiumsrunde zur Frage „Große Pläne – leere Kassen. Wohin steuert die neue Koalition?“ mit Bundeswirtschaftsminister Brüderle und anderen am 1. Dezember in Berlin.



Alle diese marktwirtschaftlichen Themen im Web 2.0 finden sich auch auf dem Facebook-Portal der INSM, das bereits kurz nach seiner Einführung 220 „Freunde“ gewonnen hat. Sie verfolgen, was auf der Pinwand Neues erscheint. Sie „faven“ Beiträge – es erscheint ein kleines Symbol „Daumen rauf“. Oder sie stellen der INSM-Redaktion Fragen, wo und wie sie ergänzende Inhalte zu den vorgestellten Themen bekommen. Diese Interaktion ist ein entscheidendes Merkmal des sogenannten Social Web oder auch Web 2.0. In ihr liegt gleichzeitig eine Chance – wie der Erfolg

der Facebook-Plattform zeigt – und auch eine Herausforderung: Denn Kommentare und Fragen wollen moderiert und beantwortet werden.

Die kompakteste Übersicht der umfassenden INSM-Social Media-Aktivitäten – von Tweets über Ökonomen-Podcasts bis hin zu Blogs und Mikro-Webseiten zu speziellen Themen – bietet der INSM-Newsroom. Er vermittelt einen Einblick in die faszinierende Welt des Web 2.0 aus marktwirtschaftlicher Sicht.

Zu finden ist dort auch der Youtube-Channel der INSM sowie verschiedene Webdienste, auf denen Materialien der INSM recherchiert und downgeloadet werden können: zum Beispiel das

Bildportal Flickr. Schauen Sie doch einmal rein ins Social (Market) Web der INSM.

Internet: <http://www.insm-newsroom.de>  
<http://www.facebook.de/marktwirtschaft>  
<http://twitter.com/INSM>

Ökonomen bloggen

## Die Stimme der ökonomischen Vernunft im Internet

Köln. – Welche Reformen sind nötig? Und wie erreichen wir mehr Wachstum und Beschäftigung? Damit schreiben namhafte Wissenschaftler, Publizisten, Unternehmer und Politiker als Autoren im INSM-Ökonomen-Blog. Hier wird, siehe unten, öfter auch gegen den Strom gebloggt.

Mit dabei sind unter anderem die Professoren Andreas Freytag (Friedrich-Schiller-Universität Jena), Stefan Felder (Universität Duisburg-Essen), Justus Haucap (Vorsitzender der Monopolkommission), Michael Hüther (IW Köln), Bernd Raffelhüschen (Universität Freiburg). Raffelhüschen im Ökonomen-Blog artikulierte Kritik an ungerechten Eingriffen in die Rentenformel wurde nicht nur von der Internetgemeinde, sondern auch von den etablierten Leitmedien aufgegriffen. Im Ökonomen-Blog finden sich auch Vodcasts zu aktuellen Themen. So stellte Dr. Manfred Jäger jüngst die momentan in vielen Medien und von vielen Politikern beschworene Kreditklemme der Unternehmen in Frage.



Auch FDP-Finanzexperte Frank Schäffler und der Publizist Oswald Metzger schreiben im diesem Blog zu aktuellen Themen. Metzger hat jüngst erst Steuersenkungen als „große Illusion“ bezeichnet.

Internet: <http://www.insm-oekonomenblog.de>

Schulden-Spaß im Netz

## Das beliebte Online-Spiel im Wahlkampfjahr



*Je nach Parteivorliebe können sich Spieler entscheiden, wer die Staatsknete im Spiel verballern sollte. Damals war Franz Müntefering noch in der Auswahl.*

**Köln / Berlin.** – Fantastic Five – Verballer die Staatsknete! Angesichts der dramatisch steigenden Staatsschulden forderte die INSM die Politiker im krisengeschüttelten Wahljahr 2009 zum Maßhalten auf. Und zwar mit einer grotesken Parodie der staatlichen Schuldenwirtschaft: einem ziemlich irren Online-Spiel, das auch auf vielbesuchten Portalen wie BILD.de Furore machte und so die Botschaft in die Breite trug. „Merkel statt Moorhuhn“, titelte BILD.de.

Im Stil des Moorhuhn-Schießens kann jeder Spieler sekunden-schnell die Geldkoffer und Portemonnaies von Bankern, Bauern, Rentnern und anderen Akteuren im Circus staatlicher Zuwendungen mit Steuergeld füllen. Sieger ist, wer die höchsten Schulden auftürmt. Die Online-Präsenz der Berliner Zeitung ernannte dieses Spiel zur „Site der Woche“. Im Sommer 2009 haben schon mehr als 70.000 Gamer virtuell Staatsknete verballert. Die besten schafften in der Spielzeit von 40 Sekunden gut 300 Millionen Euro!



*Verballer die Staatsknete: Per Wii-Konsole sorgte das Spiel im Sommer 2009 für Spaß am Bundespressestrand*

Internet: <http://www.verballer-die-staatsknete.de>

INSM-Länder-, Städte- und Regional-Ranking

## Wettbewerb wissenschaftlich fundiert in Gang bringen

**Berlin / Köln.** – Das am 4. Dezember in Berlin vorgestellte Bundesländerranking belegt im 20. Jubiläumjahr des Mauerfalls: Das Ost-West-Gefälle in Deutschland ist nicht zementiert. Die wissenschaftlich ermittelte Datenbasis dokumentiert, dass die neuen Länder in den vergangenen Jahren relativ betrachtet den größten Sprung nach vorn gemacht haben. Vor allem Sachsen-Anhalt, das in der Vergangenheit stets weniger gute Werte aufwies, gewann bei wichtigen Indikatoren wie kein anderes Bundesland hinzu und ist der Dynamiksieger des Jahres 2009.

„Neue Industrien im Feld der alternativen Energien gehören hier zu den Treibern des wirtschaftlichen Fortschritts“, erklärte dazu auf



*Übersichtlich: Die Bundesländer lassen sich auch nach Einzelindikatoren wie zum Beispiel der Arbeitslosenquote vergleichen*

der Pressekonferenz INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer, der die Studie gemeinsam mit Henning Krumrey, stellvertretender Chefredakteur der WirtschaftsWoche, vorstellte.

Weiteres Ergebnis: Bayern und Baden-Württemberg – beides Länder mit moderner, starker Auto- und Maschinenbauindustrie – sind die dynamischsten Länder in Westdeutschland und liegen auch beim Niveau vorn in der Bundesrepublik.

Doch der Dynamik-Vergleich zeigt, dass auch am Tabellenende sowie im Mittelfeld starker Auftrieb möglich ist, wenn beispielsweise wie in Sachsen-Anhalt und auch Thüringen innovative Industrien entstehen. Hightech und Exportstärke bringen Wohlstand. Umgekehrt zeigt sich in Nordrhein-Westfalen und im Saarland, dass ➤

ein Festhalten an überkommenen Montanindustrie-Strukturen an der Substanz zehrt und diese Länder im Vergleich zu innovativeren Regionen zurückfallen lässt.

Das Bundesländerranking wurde in diesem Jahr zum siebten Mal durchgeführt und hat sich medial zu einem vielbeachteten Standard entwickelt.

Dies gilt auch für das am 12. Oktober in Berlin vorgestellte INSM-WiWo-Städteranking, ein detaillierter wissenschaftlicher Vergleich der Wirtschaftskraft und des Wohlstandes in den 50 größten deutschen Städten. Hamburg, Saarbrücken und Münster waren die besten Städte im Dynamikvergleich, der die Entwicklung in den Jahren 2003 bis 2005 beleuchtet. München, Stuttgart und Karlsruhe sind vom absoluten Niveau her Spitze in Deutschland.

Am 16. April präsentierte die INSM das zweite Regionalranking – ein Vergleich der Wirtschaftskraft und des Wohlstandes in 409 Kreisen und kreisfreien Städten. Gewinner dieses Vergleichs war die Region um München. Unter den besten elf Kreisen und Städten befanden sich die bayerische Landeshauptstadt und sechs ihrer umliegenden Landkreise.



Gefragter Interviewpartner bei der Pressekonferenz zum INSM-Städteranking: WiWo-Vize Henning Krumrey

Das Länderranking sowie auch das in Kooperation mit der WirtschaftsWoche veröffentlichte INSM-Städteranking und das INSM-Regionalranking erarbeiten Wissenschaftler der IW Consult GmbH in aufwändigen Rechnungen und Datenrecherchen. So gingen in das jüngst veröffentlichte Bundesländerranking insgesamt 100 sozioökonomische Indikatoren ein. Über interaktive Aufbereitungen der Expertisen auf den Seiten

- <http://www.bundeslaenderranking.de>,
- <http://www.insm-wiwo-staedteranking.de> und
- <http://www.insm-regionalranking.de>

lassen sich auch bei Einzelindikatoren sekundenschnell Vergleiche anstellen. Arbeitsmarktdaten, Produktivität, verfügbare Einkommen, Wirtschaftsleistung – all das ist abzurufen. Auch Wochen und Monate nach Veröffentlichung nutzen Journalisten, Politiker



So empfängt das Webportal zum INSM-WiWo-Städteranking die Besucher. Leicht klickt man sich durch vertiefende Inhalte der Studie

und Wirtschaftsförderer die Portale der Studien für Recherchen auf der Suche nach Stellschrauben, an denen gedreht werden sollte, damit die Position der eigenen Region verbessert werden kann. Auf diese Weise werden Rankings zu Katalysatoren eines Wettbewerbs zwischen den Regionen. Und Wettbewerb als Voraussetzung für einen wachsenden Wohlstand für alle ist das zentrale Anliegen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Ein Beispiel dafür, wie politisch Verantwortliche auf die in den INSM-Rankings vergleichbar und transparent gemachten Daten reagieren, lieferte die Hannoversche Allgemeine Zeitung: „Der Wirtschaftsstandort Hannover hat laut einer Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) an Attraktivität verloren. Unter den 50 größten Städten landet die Landeshauptstadt ... punktgenau im Mittelfeld“, schrieb das Blatt, befragte dazu den Wirtschaftsdezernenten Hans Mönninghoff und zitierte ihn damit, dass es Handlungsbedarf bei der Einkommensentwicklung gebe: „Wir müssen mehr tun, damit mehr einkommensstarke Familien nach Hannover ziehen.“

Auf das Regionalranking der INSM reagierten die Göppinger Kreisnachrichten (Südwest-Presse) mit der Schlagzeile: „Der Beweis – schwarz auf weiß“. Im Artikel heißt es: „Wenn es noch eines Beweises gebraucht hätte, wie wichtig es ist, dass sich Experten und Arbeitsgruppen im Kreis Göppingen daran machen, so genannte Leuchtturmprojekte wie beispielsweise Tourismus nach vorne zu bringen, dann liegt er jetzt vor. Schwarz auf weiß steht es im ➤

neuesten Regional-Ranking der renommierten Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Der Stauferkreis ist im Bundesgebiet von Platz 61 im Jahre 2006 auf Platz 66 aktuell zurückgefallen. (...) Keine Frage: Die Anstrengungen, auch in der Region mit vorne zu liegen, müssen weiter intensiviert werden.“

Die vorgelegten Daten müssten dazu dienen, „Diskussionen in den betroffenen Regionen und auf Bundesebene zu stimulieren, eigene Stärken und Schwächen selbstkritisch unter die Lupe zu nehmen, Ziele anzupassen“, schrieb der **Bremer Weserkurier**.

Drei Beispiele aus der bundesweiten Medienresonanz auf die INSM-Rankings: Sie belegen, dass die damit verbundene wettbewerbliche Botschaft aufgenommen und diskutiert wird.

#### INSM-Bildungsmonitor

### Alle Bundesländer legen bei der Bildung zu – manche mehr, manche weniger

**Berlin.** – Die gute Nachricht in Zusammenhang mit dem sechsten Update des INSM-Bildungsmonitors, das am 20. August in Berlin der Presse präsentiert wurde: Alle Bundesländer haben aus bildungsökonomischer Sicht die Rahmenbedingungen für erfolgreiche Bildung verbessert. An der Spitze steht 2009 erneut Sachsen. Dem Freistaat folgen Thüringen, Baden-Württemberg und Bayern.

Die Studie wird seit dem Jahr 2004 von Bildungsökonominnen des Instituts der deutschen Wirtschaft unter Leitung der Wissenschaftler Dr. Hans-Peter Klös, Dr. Axel Plünnecke und Dr. Oliver Stettes erstellt. Sie analysieren und bewerten mehr als über 100 Indikatoren, um beispielsweise folgende Fragen zu beantworten:

- Welches Bundesland hat das beste Bildungssystem?
- Wer hat sich verbessert?
- Wo gibt es in Kindergarten, Schule, Lehre und Hochschule Änderungsbedarf?

Die erfassten Indikatoren reichen von der Zahl der Schulabbrecher über die Bildungsausgaben eines Bundeslandes bis zur Zahl frisch gekürter Doktoren, die von einer Universität kommen. Der Bildungsmonitor zeigt zudem, inwieweit das Bildungssystem eines Bundeslandes zum Wachstum der Wirtschaft beiträgt. Die Zahlen kommen von verschiedenen statistischen Einrichtungen wie beispielsweise den Statistischen Landesämtern und werden in Punkte umgerechnet.

#### Wichtige Trends aus dem Bildungsmonitor 2009:

- Gegenüber dem Vorjahr haben sich Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen am stärksten verbessert. Eine schwächere Dynamik zeigten Berlin, Hamburg und Bayern.
- Ärmere Bundesländer stehen den reicheren bei den Rahmenbedingungen für einen besseren Bildungserfolg in nichts nach. So belegen Sachsen und Thüringen, deren Wirtschaftsleistung im Bundesvergleich noch recht niedrig ist, beim absoluten Niveau die beiden ersten Ränge im INSM-Bildungsmonitor 2009.
- Trotz klammer öffentlicher Kassen sind die Bildungsausgaben aller Länder gestiegen.
- Die Unterschiede zwischen den Bundesländern sind beträchtlich. Das bestplatzierte Land Sachsen liegt mit 79,5 Punkten um 21,2 Zähler vor Berlin, das mit 58,3 Punkten Schlusslicht ist.

Die Ergebnisse und auch den Langfristvergleich zeigt diese Tabelle:

Rang und Land im Jahr 2009	Rang im Jahr 2008	Rang im Jahr 2004	Verbesserung seit 2004 (in Punkten)
1. Sachsen	1	3	26,4
2. Thüringen	3	5	26,0
3. Baden-Württemberg	2	2	15,8
4. Bayern	4	1	11,4
5. Niedersachsen	5	9	19,8
6. Bremen	8	15	23,1
7. Saarland	6	8	17,2
8. Rheinland-Pfalz	9	10	18,5
9. Sachsen-Anhalt	10	16	24,6
10. Mecklenburg-Vorpommern	16	12	19,1
11. Hessen	12	7	14,1
12. Brandenburg	14	14	19,6
13. Hamburg	7	4	9,3
14. Schleswig-Holstein	12	6	13,2
15. Nordrhein-Westfalen	15	11	15,8
16. Berlin	11	13	15,6

Bundesweit nahmen Kultus- und Wissenschaftsminister der Bundesländer Stellung zu den Ergebnissen des INSM-Bildungsmonitors, die sie angesichts des positiven Gesamttrends überwiegend als Bestätigung ihrer Arbeit interpretierten. Ähnlich äußerte sich ➤



Screenshot der Webseite des INSM-Bildungsmonitors: Hier finden Sie alle Ergebnisse und können interaktive Vergleiche auch in allen Einzelindikatoren anstellen

auch Bundesbildungsministerin Annette Schavan: „Die Ergebnisse der Studie sind gleichermaßen ermutigende Analyse und Auftrag für die nächsten Jahre.“ Sie sprach aber auch ein Problem an, das in dieser Legislaturperiode auf der Agenda steht: Ein Süd-Nord-Gefälle in der Bildung sei nicht akzeptabel.

Internet: <http://www.insm-bildungsmonitor.de>

### DIW fühlte Landesregierungen auf den Zahn Wer Konjunkturpaket-Gelder für die Zukunft investiert – und wer nicht

Berlin. – „Bremen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen investieren in die Zukunft, das Saarland und Brandenburg rühren Beton, und Thüringen mauert.“ So zitiert ZEIT online den Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus F. Zimmermann. Und: Besonders zum Lachen sei dem Ökonomen bei dieser Aussage nicht gewesen. Im Auftrag der INSM hatte sein



DIW-Präsident Professor Klaus F. Zimmermann

Institut überprüft, wie (und ob) die Bundesländer das Steuergeld aus dem insgesamt 23,6 Milliarden Euro schweren Konjunkturpaket wirklich zukunftsorientiert einsetzen – zum Beispiel für Bildung oder Maßnahmen zu Energieeinsparung. Erfasst wurden Daten bis einschließlich August 2009. Vorgestellt wurden die Ergebnisse der Studie am 8. September im Haus der Bundespressekonferenz.

Das Fazit der Studie: Die Investitionen der Konjunkturpakete fließen nicht dorthin, wo sie am meisten für die Wachstumsstärke Deutschlands bringen: „Insgesamt sind nur 30 Prozent der gesamten Vorhaben von Bund, Ländern und Kommunen als Zukunftsinvestitionen zu werten. 70 Prozent der Mittel dienen lediglich der Bestandserhaltung.“ INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer nannte



INSM-Pressekonferenz – Präsentation der Studienergebnisse: Max A. Höfer mit DIW-Ökonomen

beim Pressetermin Beispiele, die nicht den Vorgaben entsprechen und die er als „inakzeptabel“ bezeichnete: So sind in Frankfurt/Oder 5,5 Millionen Euro in den Ausbau eines Schießsportzentrums geflossen. Und in Sachsen habe man 120.000 Euro bewilligt, um die einsturzgefährdete Mauer einer Kindertagesstätte zu erneuern. Dabei waren 80 Prozent des Budgets den politischen Vorgaben nach „in den Bereichen Basis-Infrastruktur, Bildung sowie Energieeffizienz und Klimaschutz“ – also im weitesten Sinne für Zukunftsinvestitionen – einzusetzen. „Die genaue Betrachtung der einzelnen Vorhaben zeigt, dass es sich in allen drei Bereichen überwiegend um Maßnahmen zur Bestandserhaltung handelt, von denen keine Wirkung auf das langfristige Wachstumspotential zu erwarten sind“, heißt es dazu wörtlich in dem Gutachten.

Insgesamt stiefmütterlich wurde laut DIW-Studie vor allem das Feld der Bildungspolitik behandelt. Lediglich 8 Prozent der Mittel sollen tatsächlich in Bildungsinhalte investiert werden. Dagegen sind 92 Prozent für die Erhaltung und Sanierung der Bausubstanz von Bildungseinrichtungen vorgesehen. „Geld für Gips statt Geld für Grips“, kritisierte Professor Zimmermann. ➤

Insgesamt ergab sich aus seiner Studie folgende Rangliste:

Bundesland	Anteil der Zukunftsinvestitionen
Bremen	49 Prozent
Sachsen-Anhalt	45 Prozent
Nordrhein-Westfalen	45 Prozent
Baden-Württemberg	44 Prozent
Schleswig-Holstein	44 Prozent
Niedersachsen	41 Prozent
Bayern	41 Prozent
Hamburg	36 Prozent
Berlin	35 Prozent
Rheinland-Pfalz	32 Prozent
Sachsen	31 Prozent
Hessen	31 Prozent
<b>Durchschnitt für Deutschland</b>	<b>30 Prozent</b>
Mecklenburg-Vorpommern	25 Prozent
Saarland	23 Prozent
Brandenburg	22 Prozent
Thüringen	Keine Angabe
Bund	22 Prozent

Die Ökonomen des DIW stießen bei ihren Recherchen auf sehr unterschiedliche Kooperationsbereitschaft der befragten Landesregierungen. „Sehr gut“ – zu 100 Prozent – gab beispielsweise Bremen Auskunft, das gleichzeitig unter allen Bundesländern auch den größten Teil des Geldes (49 Prozent) für Zukunftsinvestitionen verwendete (Tabelle). Gar nicht in die Karten schauen lassen wollte sich Thüringen, das jede Auskunft verweigerte und deshalb für seine Informationspolitik ein „mangelhaft“ erhielt.

Als Schlusslichter bei der Mittelverwertung ermittelten die DIW-Ökonomen Brandenburg und den Bund selbst, die nach dem Urteil der Wissenschaftler lediglich 22 Prozent der Konjunkturpaket-Gelder für Zukunftsinvestitionen verwendeten.

Die Studie löste zahlreiche Reaktionen in den Medien aus. „Gips statt Grips“, titelte die **Süddeutsche Zeitung**. „Konjunkturhilfen auf Abwegen“, schrieb die **Hannoversche Allgemeine**. „Konjunkturmilliarden falsch ausgegeben“ – so fasste die **Rheinische Post** die Botschaft der DIW-Studie im Auftrag der INSM zusammen.

Internet: <http://www.insm.de/insm/Aktionen/INSM-Veranstaltungen/DIW-Konjunkturpaket.html>

## INSM-Studien zum Mauerfall

### „Beispiellose Wohlstandsexplosion“ nach 20 Jahren Sozialer Marktwirtschaft

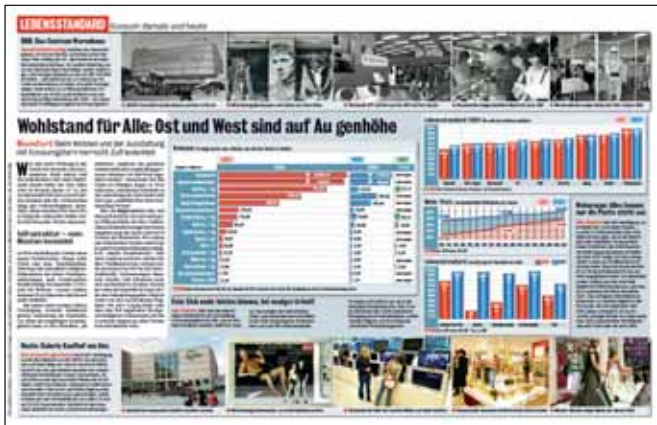
Berlin. – Im Jubiläumsjahr des Mauerfalls haben zwei renommierte Wissenschaftler im Auftrag der INSM erforscht, wie sich die neuen Bundesländer in 20 Jahren Sozialer Marktwirtschaft entwickelt haben. Unabhängig voneinander kamen der Politikwissenschaftler Professor Klaus Schroeder (FU Berlin) und Dr. Joachim Ragnitz, stellvertretender Leiter des ifo Instituts Dresden, zu folgender Bilanz: Chancen, Konsum, Lebensqualität, Umwelt – überall hat sich in 20 Jahren Sozialer Marktwirtschaft das Niveau im Vergleich zu den Zuständen im Sozialismus dramatisch verbessert.



Professor Klaus Schroeder und Dr. Joachim Ragnitz

Professor Schroeder sprach bei der Präsentation der Studien (siehe INSM Termine, Seite 5) von einer „beispiellosen Wohlstandsexplosion“. Gewinner sind seiner Auffassung nach jüngere Menschen, die vor allem deutlich bessere Bildungschancen vorfinden und auch die Rentner, deren Einkünfte sich vervielfacht haben. „Verklärungen der DDR sind vor diesem Hintergrund fehl am Platz“, ergänzte Joachim Ragnitz. Die Studien dokumentieren auch den desolaten Zustand der DDR zum Zeitpunkt ihres Zusammenbruchs.

Ausgewählte Fakten aus den Studien, die im Auftrag der INSM entstanden und in einem Sonderheft der SUPERillu vor allem auch den Menschen in Ostdeutschland in großer Breite zugänglich gemacht wurden. ➤



Doppelseite aus dem SUPERillu-Sonderheft

Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person hat sich seit 1989 von 26,7 Quadratmetern auf 39,5 Quadratmeter vergrößert. Die Wohnzufriedenheit ist deutlich gewachsen.

Der Bruttolohn hat sich von 11.097 Euro im Jahr 1991 im Schnitt auf 22.370 Euro gesteigert. Er liegt aber noch unter dem Westniveau von 28.727 Euro. Das verfügbare Einkommen je Einwohner in der Thüringer Stadt Suhl liegt mit 16.879 Euro jährlich über dem von Flensburg in Schleswig-Holstein (14.874 Euro).

Die schon nach wenigen Jahren Vereinigung erreichte annähernd gleiche Ausstattung der Haushalte, vor allem mit langlebigen Konsumgütern, kann, so das Gutachten von Professor Schroeder, „als sichtbarer Ausdruck des geradezu atemberaubenden Angleichungsprozesses zwischen Ost und West angesehen werden“.

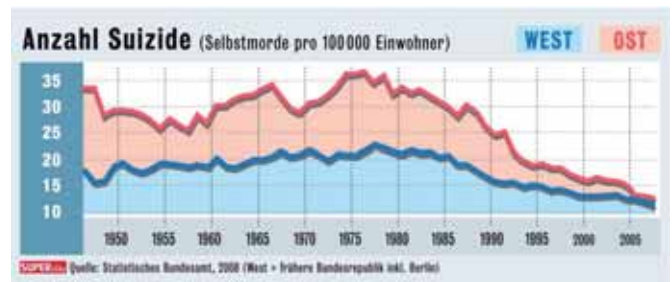
Beim Anteil der Autobesitzer hat der Osten den Westen mit einem Anteil von 57 Prozent der Gesamtbevölkerung (1998: 23 Prozent) um 6 Prozentpunkte überholt.



Die Lebenserwartung ist auch aufgrund wesentlich besserer Verhältnisse in Alten- und Pflegeheimen der neuen Bundesländer deutlich gestiegen.

Die ärztliche Versorgung hat sich ebenfalls deutlich gebessert. 1989 kamen auf 100.000 Einwohner 246 Ärzte. Im Jahr 2007 waren es 342 Mediziner. Der Zustand der Krankenhäuser, deren bauliche Substanz vor der Wende ein Durchschnittsalter von 60 Jahren hatte, ist ebenfalls flächendeckend wesentlich besser.

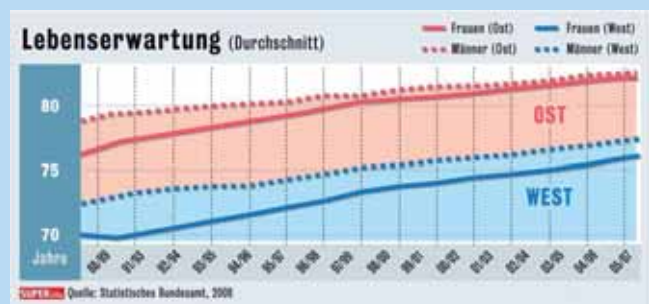
Die zu DDR-Zeiten sehr hohe Zahl von Selbstmorden ist deutlich gesunken.



Die Rentner der ehemaligen DDR sieht Professor Schroeder als Hauptgewinner der Einheit: „Statt 30 bis 40 Prozent des durchschnittlichen Arbeitseinkommens zu DDR-Zeiten beziehen sie heute über 80 Prozent, mitunter sogar über 100 Prozent des Durchschnittseinkommens, als gesetzliche Rente.“ Die Renten stiegen in Ostdeutschland von durchschnittlich 448,95 Mark auf 804,68 ➤

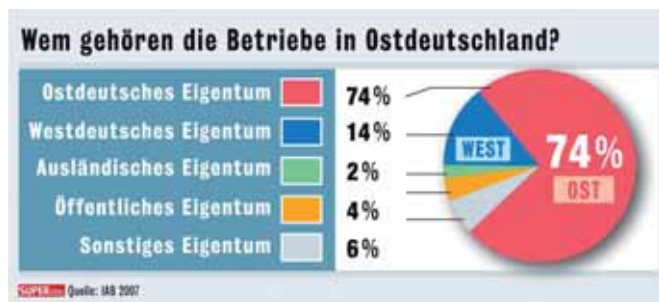
### Die höhere Lebenserwartung Ost – was die Kanzlerin zu den Studien der INSM sagt

In einem Interview der SUPERillu nahm Bundeskanzlerin Angela Merkel Stellung zu den Ergebnissen der Studien der INSM. Unter anderem sagte sie: „Was noch nicht so allgemein bekannt ist und gewürdigt wird, ist zum Beispiel die Verlängerung der Lebenserwartung. Die war zu DDR-Zeiten deutlich niedriger als im Westen, hat sich aber inzwischen deutlich erhöht und beinahe angeglichen. Die Aussicht, drei oder vier Jahre länger zu leben bei einem insgesamt viel höheren Wohlstandsniveau – das ist ein Gewinn, über den man öfter mal nachdenken könnte.“



Euro. Das liegt über der durchschnittlichen Rentenauszahlung im Westen (693,32 Euro).

20 Jahre nach dem Zusammenbruch der Wirtschaft in der früheren DDR haben die Unternehmen in den neuen Ländern zu fast drei Vierteln ostdeutsche Eigentümer. Erwähnt werden muss hier zwar, dass die Belegschaftsgrößen ostdeutscher Betriebe geringer sind als die westdeutscher Eigner. Dennoch belegt diese Zahl, dass von einem Ausverkauf der DDR-Wirtschaft an den Westen keine Rede sein kann.



Beim Schwefeldioxid-Ausstoß gehörte die DDR mit 310 Kilogramm pro Jahr und Einwohner zur Weltspitze. Bereits Mitte der 90er-Jahre hatte sich die Belastung auf weniger als ein Drittel des Vorwende-Wertes reduziert. Stark zurückgegangen ist auch die Belastung der Gewässer. Weit über 30 Milliarden Euro, so hat es Prof. Klaus Schroeder in seinem Gutachten vorgerechnet, hat die Umweltsanierung in den letzten 20 Jahren verschlungen. In Ostdeutschland ist die Zufriedenheit mit der Umweltsituation seitdem deutlich gewachsen.

65 Prozent aller Ostdeutschen sagten in einer Allensbach-Umfrage, dass die Einheit ein Glücksfall für Deutschland war. Im Westen sagten das nur 45 Prozent.

Internet: <http://www.einheitsbilanz-deutschland.de>

Studie des WZB

## Was haben die Arbeitsmarktreformen gebracht?

Berlin. – „Kurs halten statt Reformen zurückzunehmen“, fordert Professor Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), am 27. April. Anlass dafür war die Vorstellung ihrer Studie „Einstiegswege in den Arbeitsmarkt“. Im Auftrag der INSM hatte das WZB die Frage untersucht, inwieweit die jüngsten Arbeitsmarktreformen neue Beschäftigungs-

chancen gebracht haben. Fazit: Die Reformen haben die Jobchancen für die meisten Menschen verbessert – aber nicht für alle.

So sind die Arbeitsmarktchancen in Ost- und Westdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall erstmals nahezu gleich. Die Studie belegt auch den Sinn flexibler Arbeitsverhältnisse: Rund drei Viertel der



Jutta Allmendinger

Erwerbslosen, die zunächst eine befristete Beschäftigung aufgenommen hatten, waren auch drei Jahre später noch im Job. Und die Hälfte davon hat den Sprung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis geschafft. Auch ältere Beschäftigte zählen zu den Reformgewinnern. Ihre Erwerbsbeteiligung ist gestiegen. Allerdings: „Die bisherigen Arbeitsmarktreformen haben das Problem der Langzeiterwerbslosigkeit nicht zufriedenstellend lösen können“, so Allmendinger.

Der Wiedereinstieg von Langzeitarbeitslosen war jedoch ein zentrales Anliegen der Hartz-Reformen. Dieses Ziel sei, so Jutta Allmendinger, nicht erreicht worden. Deshalb seien weitere Reformen erforderlich.

Auch INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer forderte weitere arbeitsmarktpolitische Anstrengungen: „In seiner derzeitigen Form ist der deutsche Arbeitsmarkt nicht krisensicher. Es müssen verstärkt Anreize zur Integration von Langzeitarbeitslosen gesetzt werden, um nach der Krise schnell wieder ein hohes Beschäftigungsniveau zu erreichen.“

Allmendinger tritt nach wissenschaftlicher Auswertung der neu geschaffenen Beschäftigungsverhältnisse auch der Behauptung entgegen, dass das Mehr an Arbeitsplätzen durch qualitative Verschlechterungen der Beschäftigungsverhältnisse erkaufte worden sei. „Allerdings mag hierbei auch der insgesamt positive Verlauf der Konjunktur am Ende unseres Beobachtungszeitraums dafür gesorgt haben, dass Wiedereinstiege in den Arbeitsmarkt in der Zeit nach den Hartz-Reformen nicht mit spürbaren Verschlechterungen in der Arbeitsplatzqualität verbunden waren.“

Internet: <http://www.insm.de/insm/Aktionen/INSM-Studien/Wie-fit-ist-der-Arbeitsmarkt.html>

INSM beim Bürgerfest „60 Jahre Bundesrepublik“

## Lebkuchenherzen: Soziale Marktwirtschaft zum Anbeißen

Berlin. – Zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule in der Bundeshauptstadt Berlin flanierten nach offiziellen Angaben am 23. Mai 750.000 Menschen, um den 60. Geburtstag der Bundesrepublik zu feiern. Mit von der Party war auch die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie brachte am Stand der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) knackige Lebkuchenherzen mit der Aufschrift „60 Jahre! Zum Anbeißen! Die Soziale Marktwirtschaft“ unters Volk. Und lieferte damit beliebte Motive für Fotografen, deren herzige Bilder den Weg in die Zeitungen fanden. Tagesspiegel und BILD illustrierten ihre Berichte über das Bürgerfest mit der INSM-Aktion.



Ausschnitt aus dem BILD-Bericht: INSM-Lebkuchenherzen in Aktion

Krisen-Aktion in New York

## „Be Erhard!“

### Ludwig Erhard at Wall Street

New York. – Dienstag, 19. Mai in der New Yorker Wall Street, 9.30 Uhr. Nicht nur Broker, die zu ihren Arbeitsplätzen eilen, wundern sich über einen beliebten älteren Herrn im grauen Anzug und mit Zigarre in der Hand. Sie werden gerade Zeugen einer INSM-Aktion. Die Initiative ließ ein Erhard-Double in der Hauptstadt der Finanzkrise auftreten und informierte auf Plakaten über den Hintergrund des ungewöhnlichen Auftritts. „The father of the German Wirtschaftswunder“ war wiederauferstanden, um über die „principles of the social market economy“ zu informieren – die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Die Botschaft: Hätte man sich daran gehalten, so wären die USA und mit ihr der Rest der



Falscher Erhard, echte Botschaft: INSM-Aktion in der New Yorker Wall Street

Welt womöglich nicht in die Subprime-Krise getaumelt. Deutschen Korrespondenten und TV-Teams vor Ort bot der falsche Erhard mit der echten Botschaft ein willkommenes Bildmotiv. Erstaunte Amerikaner konnten sich auf dem Englisch-sprachigen Portal <http://be-erhard.insm.com> über die Aktion informieren.

„Deutsche Michel“ vor dem Bundesfinanzministerium

## Zipfelmützenprotest gegen staatliche Rekordverschuldung

Berlin. – 14. Mai 2009 – die Beamten im Bundesfinanzministerium wundern sich über einen seltsamen Aufzug. Vier junge Männer mit Zipfelmützen schleppen schwere Geldsäcke an. Gemeinsam mit Fotografen, Kameralenten und Reportern wohnen sie einer Aktion der INSM bei, die auf die explodierende deutsche Verschuldung aufmerksam machen soll. Die Mützenträger sind „Deutsche Michel“ und sie tragen unterschiedlich schwere Säcke, die für die jeweils in einem Jahrzehnt angesammelte öffentliche Pro-Kopf-Verschuldung stehen. ➤



Witzige Aktion mit ernstem Hintergrund: INSM-Protest am Bundesfinanzministerium

Die Aktion fand statt aus Anlass der Steuerschätzung des Finanzministeriums an diesem Tag. Im Auftrag der INSM errechnete der Freiburger Finanzwissenschaftler Prof. Bernd Raffelhüschen, dass die krisenbedingten Mindereinnahmen plus die Mehrausgaben in Folge der beiden Konjunkturpakete bis 2010 zu einer Pro-Kopf-Rekordverschuldung von 22.700 Euro führen. „Allein seit 1990 hat sich der Schuldenstand nahezu verdreifacht“, kritisierte INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer.

Angesichts solcher Zahlen war die medienwirksame Mahnung der INSM das Bild des Tages, das es bis in die Hauptnachrichtensendungen der Fernsehsender schaffte.

#### INSM-Appell

### 35 Manager und Ökonomen unterschreiben für ein besseres Innovationsklima

**Berlin.** – „Gerade ein rohstoffarmes Land wie Deutschland braucht eine hochinnovative Wirtschaft, damit mehr und hochwertigere Arbeitsplätze geschaffen werden können und der soziale Zusammenhalt gesichert werden kann. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt deutlich, dass nachhaltiges Wachstum nur von einer innovativen und leistungsfähigen Realwirtschaft zu erwarten ist.“

Diese Textpassage stammt aus dem am 11. August veröffentlichten Innovationsappell der INSM, den 35 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft unterzeichnet haben. Darunter sind Axel C. Heitmann, Vorstandsvorsitzender der LANXESS AG, Karl-Ludwig Kley, Vorsitzender der Geschäftsleitung der Merck KGaA,

Rolf Peffekoven, Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, e.on-Vorstandschef Wulf Bernotat, Andreas Pinkwart, nordrhein-westfälischer Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie, sowie Dieter Hundt, BDA-Präsident.

#### Sie alle setzen sich durch ihre Unterschrift ein für

- **mehr Freiheit in der Forschung:** Alle Gesetze und Verordnungen sollten auf ihre „Innovationsverträglichkeit“ überprüft werden.
- **eine effiziente und produktive Forschungsförderung:** Öffentliche Forschungsprogramme sollten transparenter gestaltet werden, die Vergabe von Geldern stärker als bisher nach Gesichtspunkten des Wettbewerbs erfolgen.
- **neue Anreize für die Forschung:** Der Staat solle Forschung und Entwicklung stärker als bisher steuerlich begünstigen.
- **bessere Voraussetzungen in Deutschland, „die klügsten Köpfe“ zu gewinnen, zu halten und auszubilden:** Der Appell fordert hier unter anderem „attraktive Rahmenbedingungen und berufliche Perspektiven“. In den Schulen sollten die MINT-Fächer ausgebaut werden.
- **einen Mentalitätswechsel** – hin zu mehr Leistungs- und Risikobereitschaft. Zudem soll bereits in den Schulen die Freude am Forschen vermittelt werden. Wirtschaftswissenschaftliche Grundlagen, Naturwissenschaften und Technik sollten fester Bestandteil des Lehrplanes sein.

Die in diesem Innovations-Appell der INSM enthaltenen Forderungen vor allem auf dem Feld der Forschungspolitik haben teilweise Eingang in den Koalitionsvertrag der Bundesregierung gefunden.

**Den kompletten Text des Appells und die Namen aller Unterzeichner finden Sie im Internet: <http://www.insm.de/insm/Aktionen/INSM-Kampagnen/Innovationsappell.html>**



Rolf Peffekoven

Andreas Pinkwart

Wulf Bernotat

Axel C. Heitmann

Sonderhefte, Beilage

## 60 Jahre Bundesrepublik: Happy Birthday-Publikationen für die Soziale Marktwirtschaft

Köln. – Deutschland feierte im abgelaufenen Jahr den 60. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik – untrennbar verbunden mit der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949, ebenso untrennbar verbunden mit der Sozialen Marktwirtschaft, die im Westen Deutschlands einen beispiellosen wirtschaftlichen Wiederaufstieg ermöglichte.

Die INSM beteiligte sich an verschiedenen publizistischen Vorhaben im Zuge dieses Jubiläums.

„60 Jahre Bundesrepublik – eine Wohlstandsbilanz.“

Bereits am 26. Januar erschien unter diesem Titel ein Sonderheft der WirtschaftsWoche: Anhand wissenschaftlicher Fakten wird auf 130 Seiten untersucht, wie sich Wirtschaft, Lebensqualität und Wohlstand der Menschen entwickelt haben. Seit dem Jahr 1950 hat sich das Bruttoinlandsprodukt



pro Kopf real fast versechsfacht. Damit gehört die Bundesrepublik zu den reichsten Ländern der Erde. Kürzere Arbeitszeiten, mehr Urlaub – auch die Lebensqualität der Menschen hat sich in 60 Jahren Sozialer Marktwirtschaft enorm verbessert. Zur Frage der sozialen Gerechtigkeit ist unter anderem festzustellen, dass sich die geleisteten Sozialausgaben je Einwohner in Deutschland seit 1960 mehr als vervierfacht haben. Das Heft liefert neben einer Vielzahl übersichtlicher Infografiken überzeugende Erfolgsgeschichten, prägnante Charts und Übersichten und spricht die Herausforderungen der Zukunft an: Demografie, Globalisierung, Innovationen.

Mehr Fakten und auch die Möglichkeit, das WiWo-Sonderheft zu bestellen, unter <http://www.wohlstandsbilanz-deutschland.de>.

„Made in Germany – Das deutsche Wunder“: Diese von der INSM unterstützte Beilage der „Welt-Gruppe“ zeichnete Krisen und Wunder der Sozialen Marktwirtschaft von der Währungs-

reform über die Ölkrise, den europäischen Einigungsprozess, die Wiedervereinigung bis zu den jüngsten Sozialreformen nach. Zitat aus einem Leserbrief vom 28. Mai: „Die ‚60 Jahre Bundesrepublik‘ der WELT zu lesen sehe ich als Muss. Die bunte Mischung, von einst bis heute, stellt ‚das deutsche Wunder‘ eindrucksvoll dar, es sind so unglaublich großartige Leistungen, welche Erfolgsgeschichte, für wahr!“

„Das Ende der Marktwirtschaft?“

Unter diesem Titel erschien im Juni ein in Kooperation mit der INSM erstelltes Special in „Focus Money“. Er befasste sich mit den Ursachen der Finanzkrise und notwendigen Lehren daraus.



Bayerische Wirtschaft tritt an

## INSM-Bayern macht im Freistaat für die Soziale Marktwirtschaft mobil

München. – Kein Land hat sich in sechzig Jahren Sozialer Marktwirtschaft so weit nach vorn gebracht wie Bayern. Das zeigt nicht zuletzt auch das jüngst veröffentlichte Bundesländerranking, bei dem der Freistaat beim absoluten Niveau erneut Platz 1 belegt. Diese Erfolge will die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, ➤



vbw-Präsident Randolph Rodenstock als Redner

die seit fast zehn Jahren die bundesweite Kampagne der INSM unterstützt, nun noch intensiver im eigenen Zuständigkeitsbereich kommunizieren. Aus diesem Grund hat sie die INSM-Bayern aus der Taufe gehoben, die sie selbst finanziert und die ausschließlich im Freistaat aktiv ist.

Bei einem Staatsempfang am 26. Mai in München stellte der Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, Randolph Rodenstock, dieses Projekt in Anwesenheit von Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) vor. Rodenstock forderte von der Politik eine „Re-Konstruktion der Sozialen Marktwirtschaft“. Damit meint der vbw-Präsident auch eine tragfähige Strategie zum Schuldenabbau. „Soziale Marktwirtschaft macht’s besser“ – im Rahmen dieser Kampagne geben auch zahlreiche bayerische Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Sport ihr Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft ab. Einen Teil dieser Testimonials finden Sie auf der letzten Seite dieses Jahresrückblicks.

Zuvor bereits hatte sich die INSM-Bayern am 3. Oktober mit einer interaktiven „Wohlstands-Bilanz“ bei der 9. Würzburger Residenznacht präsentiert. Auf Bildschirmen waren grafisch aufbereitete Kennziffern zu sehen. Sie belegen, dass Bayern hier in den meisten Fällen besser da steht als der Rest Deutschlands.

Verteilt wurden auch Lebkuchenherzen mit der Botschaft: „60 Jahre! Zum Anbeißen! Die Soziale Marktwirtschaft.“ Die INSM Bayern ist auch mit einer Focus-Sonderpublikation präsent, die die Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft in Bayern dokumentiert. Sie basiert auf Daten einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft im Auftrag der INSM-Bayern.



Danach hat sich seit 1960 das verfügbare Einkommen je Einwohner preisbereinigt fast verdreifacht – von fast 7.000 Euro auf 20.000 Euro. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf hat sich in dieser Zeit sogar verdreizehnfach! 1960 lag das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner bei nur bei 91 Prozent des westdeutschen Niveaus. Heute übertrifft Bayern das Durchschnittsniveau der alten Bundesländer um zehn Prozent!

Studienleiter Christoph Schröder (IW Köln): „Der Strukturwandel vom Agrar- zum Hochtechnologieland ist Bayern wesentlich besser gelungen als anderen Bundesländern.“



Die Anzeige der INSM-Bayern zeigt eine bayerische Brez'n als Symbol für die Unendlichkeit

Erfolg bringt Zustimmung. So ist es auch kein Wunder, dass die Bayern die Marktwirtschaft höher schätzen als der Durchschnitt der Deutschen. Nach einer Emnid-Umfrage finden immerhin 73 Prozent der Bundesbürger, dass sich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft im Großen und Ganzen bewährt hat – in Bayern sind es sogar 76 Prozent.

Internet: <http://www.insm-bayern.de/insm.html> Und: <http://www.insm-bayern.de/insm/INSM-Bayern/Wohlstandsbilanz-Bayern.html>

Neue Geschäftsführung der INSM

## INSM ab 2010 mit neuer Führung in Berlin

Berlin. – Hubertus Pellengahr wird alleiniger Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Der Neunundvierzigjährige ist derzeit Sprecher des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE) und leitet als Geschäftsführer den Bereich Presse, Information und Kommunikation des Verbandes.

Er löst zum 1. Januar 2010 das bisherige Führungsduo Max A. Höfer und Dieter Rath ab. Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser dankte den beiden Geschäftsführern für ihre ausgezeichnete Kampagnenarbeit. Rath geht altersbedingt in den Ruhestand, Höfer wendet sich nach vier erfolgreichen Jahren in der INSM neuen Aufgaben zu.



Hubertus Pellengahr

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise ist für Gesamtmetall Anlass, die Organisation und Inhalte der INSM neu auszurichten. So wird die Initiative, die derzeit noch in Köln sitzt, mit ihren Mitarbeitern zum Jahreswechsel nach Berlin ziehen und dort im Januar im Regierungsviertel ihre Arbeit aufnehmen. Zudem wird die INSM ab 2010 mit der neuen Agentur Serviceplan arbeiten, die Scholz & Friends als Lead-Agentur nach zehn erfolgreichen Jahren ablöst. Mit Scholz & Friends hat die INSM 2004 den Politik Award und 2008 den European Excellence Award gewonnen.

Schließlich wird der Etat der Initiative gestrafft und umgeschichtet, um auch in Zeiten knapper Kassen weiterhin hohe Wirkung entfalten zu können.

**Kurzvita: Hubertus Pellengahr**

- geboren:** 11. Juni 1960 in Höxter, katholisch, verheiratet, drei Kinder (10, 12 und 14 Jahre)
- Studium:** Geschichte, Politik und Volkswirtschaft in Bonn und Düsseldorf. Magisterarbeit bei Wolfgang J. Mommsen über die Weimarer Reichsverfassung.  
Leitung verschiedener Abgeordnetenbüros im Deutschen Bundestag.
- 1993-1998** Grundsatzreferent für Wirtschafts- und Finanzpolitik des Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Hermann Otto Solms.
- 1998-2009** Sprecher und Geschäftsführer des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE).

**INSM wechselt Agentur**

**Serviceplan statt Scholz & Friends**

**Köln / Berlin.** – In einem Agenturwettbewerb um den Kampagnenetat der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) hat sich Serviceplan Public Opinion durchgesetzt. Die Agentur wird den Etat der INSM ab 2010 als Lead-Agentur betreuen. Bisher hielt Scholz & Friends diesen Etat.

Für den Pitch, der am 17. November in Berlin stattfand, hatten sich neben Serviceplan die Kommunikationsagenturen fischerAppelt, komm.passion, Media Consulta und Scholz & Friends qualifiziert. Serviceplan Public Opinion mit Sitz in Berlin Mitte ist die Spezialagentur für Politik- und Gesellschaftskommunikation in der Serviceplan Gruppe.

Die aktuelle Branchenstudie „Agentur-Images 2009“ sieht die neue Lead-Agentur der INSM auf Spitzenplätzen. Die Studie fragt ab, welches Bild Marketingentscheider von den Agenturen haben, und kommt so zu einer Bewertung der Leistung von 30 Top-Agenturen in Deutschland. In allen Kategorien hat Serviceplan Plätze gutgemacht.

Kategorien sind:

- Kreativität (im Sinne von Werbung, die heraussticht),
- Effizienz (im Sinne von Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit),
- strategische Markenführung (langfristig ausgerichtete Markenpolitik) sowie
- integrierte Kommunikation (sinnvolle Vernetzung der Kommunikationsformen).

Serviceplan belegt Platz 1 in der Kategorie „Effizienz“, Platz 2 in der Kategorie „integrierte Kommunikation“ und Platz 3 in der „strategischen Markenführung“.

Das Marktforschungsinstitut Innofact hat die Studie „Agentur-Images 2009“ zum fünften Mal für das Handelsblatt und die Zeitschrift „Absatzwirtschaft“ erstellt.

**Internet:** <http://www.serviceplan-publicopinion.de>

**INSM ab Januar mit neuer Adresse in Berlin:**

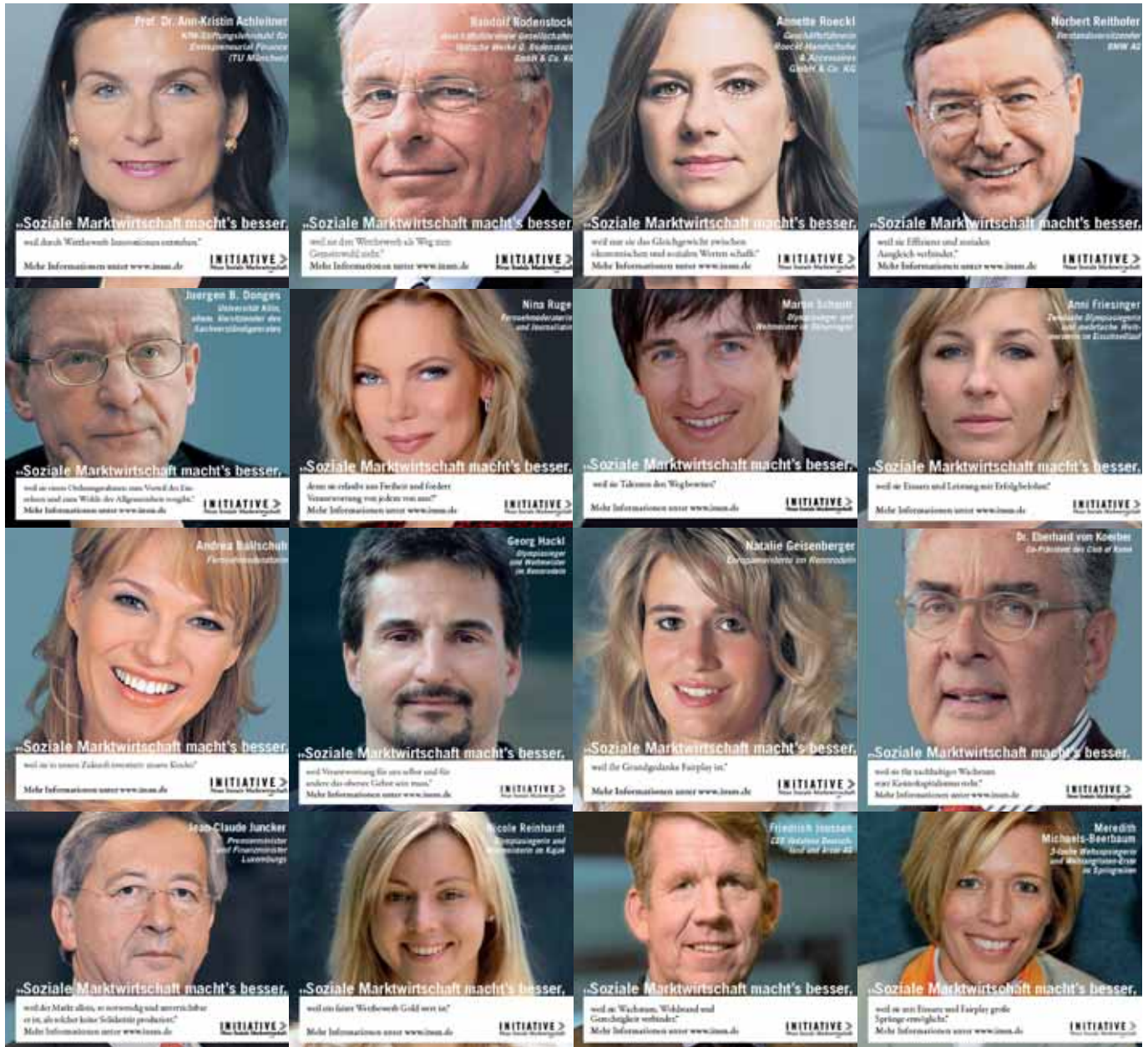
Georgenstr. 22, 10117 Berlin, Tel. (030) 27877-171

# Soziale Marktwirtschaft macht's besser

## Die Sammlungsbewegung für ein erfolgreiches Wirtschafts- und Sozialsystem

Soziale Marktwirtschaft – dieses erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialsystem ist breiter in unserer Gesellschaft verankert, als manche Kritiker glauben. „Soziale Marktwirtschaft macht's besser“ – an dieser INSM-Kampagne beteiligten sich zahlreiche Prominente aus Fernsehen, Po-

litik, Sport und Wirtschaft. Wichtige Schlagworte in den Statements der Prominenten waren „Allgemeinwohl“, „Einsatz“, „Freiheit“, „Gerechtigkeit“, „Innovationen“, „Leistung“, „Wettbewerb“, „Zukunft“. Aber lesen Sie selbst. Hier sehen Sie einige Beispiele.



### Impressum:

Verantwortlich:  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH

Geschäftsführung:  
Max A. Höfer, Dieter Rath

Konrad-Adenauer-Ufer 21  
50668 Köln  
Telefon: (02 21) 49 81 401  
Fax: (02 21) 49 81 406  
E-Mail: info@insm.de

Fotos / Grafiken:  
picture-alliance (4); INSM (56);  
INSM-Bayern (1); Nikola (1); Toelle (3);  
WZB / David Ausserhofer (1);  
SUPERllu (4)

# Ostdeutschland: früher hinten, heute vorn.



Vor 20 Jahren fiel die Berliner Mauer – und damit endlich der Startschuss für wirtschaftliches Wachstum im Osten. Inzwischen hat sich eine Menge getan: Das Verkehrs- und das Telekommunikationsnetz wurden ausgebaut, die Wohnungen, ja ganze Städte grundsaniiert und die medizinische Versorgung wurde stark verbessert. Außerdem stiegen Komfort, Produktivität und die Löhne der Menschen. Kurz: die gesamte Lebensqualität. Schenken wir der Sozialen Marktwirtschaft weiterhin Vertrauen, kennt der Aufschwung auch in den nächsten 20 Jahren keine Grenzen. **Zahlen, Daten und Fakten zum 20. Jubiläum des Mauerfalls unter [www.einheitsbilanz-deutschland.de](http://www.einheitsbilanz-deutschland.de)**

**INITIATIVE** ➤  
Neue Soziale Marktwirtschaft

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist eine überparteiliche Reformbewegung von Bürgern, Unternehmen und Verbänden für mehr Wettbewerb und Arbeitsplätze in Deutschland.